

## Niveau eines Auspuffs

Zu: „Personalkarussell bei der FDP“, FR-Region vom 11. Januar

Man ist von Neoliberalen ja einig gewohnt an Egoismus, Rücksichtslosigkeit und penetranter Ignoranz, aber was der neue hessische FDP-Hauptling Naas derart unverhohlen propagiert, übertrifft alles. Allein seine Parole „Der Feldzug gegen das Auto muss eine Ende haben“ hat das Niveau eines Auspuffs. Als wäre die ausufernde Automobilität nicht eine Hauptursache für die fortschreitende Naturzerstörung durch Straßen und Parkraum und Vergiftung der Luft. Wenigstens wissen nun die hessischen Wählerinnen und Wähler in aller Deutlichkeit, woran sie bei der FDP in Sachen Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen sind. Joachim Bohndorf, Bensheim

## Billige Parteipolitik

Vorratsdatenspeicherung: „Breite Kritik an Reform“, FR-Region vom 11.1.

Justizminister Poseck und Innenminister Beuth fordern also die Vorratsdatenspeicherung. Begründet wird dies mit verbesserten Möglichkeiten, Kinder vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Was sie verschweigen: Durch die anlasslose Vorratsdatenspeicherung sollen alle Kommunikationsdaten aller Bürgerinnen gespeichert werden, egal ob verdächtig oder nicht. Wir alle werden also grundsätzlich wie Kriminelle behandelt und auf eine Stufe mit Schwerverbrechern gestellt. Dabei ist der Europäische Gerichtshof ganz klar in seiner Aussage: Anlasslose Vorratsdatenspeicherung verletzt die Bürgerinnenrechte in ganz Europa.

Wenn jetzt einfach mal so behauptet wird, das Quickfreeze-Verfahren sei nicht ausreichend, weil keine IP-Adressen gespeichert würden, zeigt (wieder mal) nur die digitale Ahnungslosigkeit der Regierungsmitglieder. Eine Nachhilfestunde in digitaler Kompetenz könnte sehr schnell zeigen, dass es sehr wohl Möglichkeiten zur Speicherung von IP-Adressen gibt, die auch der EuGH als Ausnahmen benennt und die im Quick-Freeze-Verfahren vorgesehen sind.

Was diese grauen Herren aber fordern, das ist die allgemeine Speicherung aller Verbindungsdaten von jedem/jeder BürgerIn ohne jegliche Begründung. Und ein solches Verfahren hat der EuGH eindeutig als Verletzung der Bürgerinnenrechte in der EU bezeichnet. Das hätte ein Justizminister eigentlich verstehen müssen. Peinlich zudem, wie die SPD agiert: Sich über die Auseinandersetzung in der schwarz-grünen Koalition mokieren, aber keine Kritik an Innenministerin Faeser, die genau das will, was Beuth und Poseck fordern. Besser wäre es, die SPD würde mal netzpolitische Grundkenntnisse erwerben anstatt solche billige Parteipolitik zu betreiben.

Axel Stolzenwaldt, Königstein



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f202301xx](http://frblog.de/f202301xx)

### FR ERLEBEN

**Stephan Hebel** spricht mit der Publizistin Charlotte Wiedemann und der Soziologin Dr. Annette Knaut (Uni Augsburg) unter dem Titel „Den Schmerz der Anderen begreifen“ über die Chancen des Austauschs und des historischen Erinnerns über nationale und kulturelle Grenzen hinweg. Eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Der utopische Raum“. Auch im Livestream auf dem Youtube-Kanal von Medico international.  
**Mittwoch, 25. Januar, 19 Uhr**  
**Medico-Haus, Lindleystraße 15, Frankfurt**

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht mit der Schriftstellerin Sybille Ruge über ihren Roman „Davenport 160x90“.  
**Donnerstag, 9. Februar, 19.30 Uhr,**  
**Buchhandlung Weltenleser, Oeder Weg 40, Frankfurt**

## Frankfurt ist bald kein Wohnort mehr

Fechenheimer Wald: „Eilantrag gegen Rodung“ und „Der ‚Fecher‘ wird geräumt“, FR-Region vom 17. und 19. Januar

### Mehr Beton und mehr Autos verstärken die Klimakrise

Danke für den ausführlichen Artikel, der nicht an der Oberfläche bleibt. Ich setze mich seit über 35 Jahren dafür ein, dass meine Kinder und jetzt meine Enkel nicht in einer krankmachenden Umgebung aufwachsen müssen. Daraus ergibt sich, dass ich und viele andere mit mir sich gegen den Autobahnbau wehren. Nicht weil wir Autogegnerinnen an und für sich sind, sondern weil es sich aus dem Wunsch für eine lebenswerte Zukunft für alle einfach zwangsläufig ergibt.

Es hält sich hartnäckig das Märchen, dass durch den „Riederwaldtunnel“, wie er irreführend genannt wird, eine Entlastung für die Riederwälder:innen ergäbe. Die Anzahl derjenigen Riederwälder:innen, die noch glauben, dass mit dem Bau dieser Bundesautobahn alle Autos unter der Erde verschwinden, wird immer weniger, wenn sie Informationen über die tatsächlichen Auswirkungen bekommen. Es besteht oft noch die Haltung, dass man gegen „die da oben“ nichts ausrichten kann.

Gewählte Politiker diffamieren uns, statt sich mit unseren Argumenten sachlich auseinanderzusetzen. Und traurig ist, dass es dafür nicht einmal einen Aufschrei in der Stadtverordnetenversammlung gibt.

Wir setzen uns im Riederwald dafür ein, dass der Frust und Zweifel, dass unsere Demokratie für die „kleinen Leute“ sowieso nicht gilt, nicht umschlägt und zur Wahl von antidemokratischen Parteien führt.

Durch den letzten extremen Hitzesommer ist vielen klar geworden, dass die Klimakrise hier

ist und dass mehr Beton und mehr Autos sie verstärken. Gegen die Haltung „Gegen die da oben kann man nichts machen“ haben wir uns stärker vernetzt mit verschiedenen Initiativen und Vereinen. Mit Kleidertauschaktionen, Demokratiekreis, Bürgerinitiative, „Kulturbeutel“, und vielen anderen Gruppen. Riederwälder:innen, die keinen Sinn darin sahen, sich mit demokratischen Mitteln für einen lebenswerten Riederwald einzusetzen, haben jetzt wieder Hoffnung, etwas bewirken zu können. Auch mit dem, was sie können und was ihnen Spaß macht. Jetzt haben wir auch einen Nachbarschafts-Chor, der schon mehrmals im Riederwald und beim Waldspaziergang gesungen hat.

Wir brauchen von den Medien mehr Infos über gelungene positive Veränderungen statt nur reißerische Katastrophenmeldungen. Dafür danke ich der Redaktion der FR sehr herzlich.

Christa Petkovsek, Frankfurt

### Zu viele Einzelaktionen, zu wenig Überblick

Die Forderung vieler Bürger, dass das Verbindungsstück zwischen den beiden Autobahnen A66 /A661 nicht gebaut werden soll und der Fechenheimer Wald erhalten bleiben soll, ist als Protest berechtigt. Aber ein Protest, der nicht über die Ursache des Problems informiert und seine Abschaffung nicht fordert, greift zu kurz, ist nicht der Zukunft zugewandt und verhindert nicht weitere Projekte des Autobahnausbaus.

Der Autobahnausbau um Frankfurt auf allen umgebenden Autobahnen ist Folge des hohen Verkehrsaufkommens. Bei einer Verkehrszählung 2018 kamen

494 000 Pkw über die Stadtgrenzen Frankfurts. 2020 waren es 387 024 Berufspendler. Ursache ist die unbegrenzte Anhäufung von Arbeitsplätzen in den Hochhäusern in Frankfurt. Zurzeit kommen 975 Erwerbstätige auf 1000 Einwohner. Wenn die nächsten Hochhäuser (allein Four 4000 Arbeitsplätze) und der Millennium Tower (4000 Arbeitsplätze) und weitere Hochhäuser für die geliebte Skyline gebaut sind, haben wir mehr Arbeitsplätze als Einwohner. Im Bundesdurchschnitt sind es 540 Erwerbstätige pro 1000 Einwohner. Frankfurt ist dann überwiegend kein Wohnort mehr.

Die heutigen Aktionen bleiben zu sehr auf der Erscheinungsebene und sind keine Grundlage für einen notwendigen Systemwandel. Die aktiven Bürger sind beschäftigt mit Einzelaktionen. Der „Magistrat und die Banken sind die wahren Spekulanten“ hieß es einmal, und können in Ruhe ein Spekulationsobjekt für Geldwäsche und Betongold nach dem anderen bauen lassen.

Erstaunlich für mich: Bei allen Vorträgen zur Verkehrswende im Südbahnhof wurde kein Wort über die Ursachen des hohen Verkehrsaufkommens geäußert. Hat der Magistrat sein Ziel erreicht, weitere Hochhäuser ungestört zulassen zu können? Sind die Aktivisten blind geworden? Wie sieht es auf der Gegenseite aus, bei der Verbänden und Initiativen dominieren Einzelkämpfer? Für wen sprechen sie?

Und die jungen Aktivisten bei den Initiativen, welche Illusionen haben sie? Wissen sie nicht, in welcher politischen und ökonomischen Gewaltherrschaft wir uns befinden?

Konrad Mohrmann, Frankfurt

## Was würde Obelix wohl dazu sagen?

OB-Wahl in Frankfurt: „Grüne Zuversicht ganz ohne Misstöne“ und „Unmut über Beckers Plakate“, FR-Region vom 14. u. 11.1.

### Seit zehn Jahren nicht mehr in Frankfurt

Da stellen die Grünen mit Nargess Eskandari-Grünberg, die seit 1985 in Frankfurt lebt, die Bürgermeisterin und jetzt die kommissarische Oberbürgermeisterin. Doch die Grünen stellen zur anstehenden Oberbürgermeisterwahl nicht sie auf, sondern Manuela Rottmann, die seit zehn Jahren nicht mehr in Frankfurt ist. Was würde Obelix dazu sagen?

Fritz Brehm, Frankfurt

### Wer zuerst zugeift, der wird es dann auch

Die Anti-Feldmann-Plakate sind von Bäumen und Masten verschwunden. Dafür stellt sich ein älterer Herr mit Bild als unser OB vor. Erstaunlich: Wir müssen nicht mehr wählen; der Kandidat der als erster nach der Amtskette greift, wird es eben!

Es gibt aber reichlich Trost und Rat für die Zweifelnden und die nun möglicherweise zu kurz gekommenen Kandidat:innen

auf den Plätzen eins sowie drei bis 20 unserer Wahlliste:

Orgelkonzerte in St. Bartholomäus, St. Katherinen und anderen Dotationskirchen mit Johann Sebastian Bachs Kantate BWV 47, ergänzt mit dem vollständigen Text aus Lukas 14-11:

„Denn jeder, der sich selbst erhöht, wird erniedrigt werden und wer sich selbst erniedrigt, wird erhöht werden“ (Text 1899).

Uwe Becker als ehemaliger für die Dotationen Verantwortlicher hätte es wissen müssen.

Rolf rüdiger Traub, Frankfurt

### Gutes Essen beruhigt bekanntlich die Gemüter

Neulich in der Straßenbahn 11 Richtung Römer: Auf der Rückbank pöbeln zwei junge Männer herum, beide ohne Mundschutz, und hinterlassen bei den Fahrgästen ein ungutes Gefühl. Vorn diskutiert Uwe Becker (CDU) mit Mike Josef (SPD) darüber, ob solch unflätiges Verhalten an Frankfurts fehlender Wirtschaftsperspektive liegt (Becker)

oder das Erlernen von Sozialkompetenz eine Folge des Wohnungsmangels ist (Josef). Während eine Reihe hinter ihnen Manuela Rottmann (Grüne) Daniela Mehler-Würzbach (Linke) belehrt, dass die beiden strohblonden Störenfriede Opfer einer verfehlten Bildungspolitik seien, diskutieren drei Vertreter der FDP darüber, wer von ihnen die Sache in die Hand nehmen sollte. Maja Wolff, die unabhängige OB-Kandidatin, macht sich mit einer Portion Grüner Soße auf den Weg nach hinten. Gutes Essen beruhigt bekanntlich die Gemüter. Aber da sitzt schon Nico Wehnemann von der „Partei“ mit einem Zehner-Bembel und versucht, die Unruhestifter abzufüllen. Schließlich bremst die Straßenbahn, Fahrer Peter Wirth, der Bahnbabo, waltet seines Amtes und setzt die beiden Tunichtgute an die frische Luft. Dann geht die Fahrt weiter. Die Fahrgäste applaudieren dankbar, die Vertreter der Parteien erheben sich lächelnd, um selbstlos die Ovationen in Empfang zu nehmen.

Jochen Jason Fretz, Frankfurt